



„Das erlebte Leid und Unrecht werden hier öffentlich sichtbar“

ZUHÖREN – ANERKENNEN – NICHT VERGESSEN!

Land und Kirchen bitten Heimopfer um Verzeihung

Das Land Nordrhein-Westfalen und die Kirchen haben Gewalt- und Missbrauchsopfer in Psychiatrie- und Behinderteneinrichtungen der Nachkriegszeit um Verzeihung gebeten.

Was mich beschämt, ist die Tatsache, dass der Staat Sie nicht schützen konnte“, sagte Landtagspräsident André Kuper bei einer Veranstaltung im Landtag. (Foto). Nach Jahrzehnten des Schweigens müsse das Thema jetzt „in die Mitte unserer Gesellschaft“. Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki sagte, wie die Opfer ihre Leiden

nie vergessen könnten, so „dürfen wir als Kirche und Gesellschaft niemals vergessen, was geschehen ist und wie es geschehen konnte“. Dieses Nicht-Vergessen müsse einhergehen „mit einem glasklaren ‚Nie wieder‘“. „Ich möchte Sie im Namen der gesamten katholischen Kirche in Nordrhein-Westfalen aufrichtig um Entschuldigung, um Verzeihung, um Vergebung bitten“, sagte der Kardinal. Tausende Menschen hatten als Minderjährige in der Bundesrepublik bis 1975 (bis zur Reform der Kinder- und Jugendhilfe) in stationären Einrichtungen der Psychiatrie oder Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfahren.

Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) sprach von einer „schweren Schuld“, die Land und Gesellschaft auf sich geladen hätten. „Wir haben den Schwächsten in unserer Gesellschaft den nötigen Schutz und ein Leben in Würde versagt. Ich weiß, dass es dafür keine Entschuldigung geben kann. Aber für das Land Nordrhein-Westfalen sage ich aus tiefstem Herzen: Es tut mir un-

endlich leid“, so der Minister. So etwas dürfe nie wieder passieren. Er sei zuversichtlich, dass wir heute in den Einrichtungen viele gut ausgebildete Beschäftigte mit Zivilcourage hätten, die das verhindern würden. Laumann dankte den Betroffenen für ihre Beharrlichkeit im Ringen um Anerkennung. Das erst habe zur Gründung der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ geführt.

Bund, Länder und Kirchen hatten 2017 die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ gegründet. Dort können sich ehemalige Heimkinder bis Ende 2020 melden, um eine Entschädigungspauschale von 9.000 Euro und gegebenenfalls Rentenersatzzahlungen von bis zu 5.000 Euro zu beantragen. In NRW haben bisher rund 2.000 Betroffene eine finanzielle Anerkennung erhalten.

Schwerste Misshandlungen

Mehr als 800.000 Kinder und Jugendliche waren in der Nachkriegszeit in staatlichen und kirchlichen Heimen untergebracht, etwa 500.000 davon in konfessionellen Einrichtungen. Laut Berichten herrschten zum Teil drastische Bedingungen – mit schweren Strafen, mangelhafter Betreuung und Zwang zur Arbeit.

Bei der Veranstaltung unter dem Titel „Zuhören – Anerkennen – Nicht vergessen!“ kamen auch Opfer zu Wort. Der Betroffene Thomas Frauendienst berichtete von schwersten Misshandlungen in einem Heim. Dass er überlebt habe, sei selbst für Ärzte damals ein Wunder gewesen. Die Veranstaltung dürfe keinen Endpunkt markieren, forderte Frauendienst. Land und Kirchen müssten sich weiter für die Betroffenen einsetzen.

„Die Schilderungen der Betroffenen über das Geschehene machen einen sprach- und fassungslos. Darum ist es besonders wichtig, dass diese Menschen und ihr Schicksal heute gesehen und gehört werden“, sagte die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung, Claudia Middendorf. (M.L./KNA)

www.landtag.nrw.de/home/aktuelles-presse/parlaments-tv/video.html?id=2200160&t=485



AUSGABE
JULI 2019

Die Redaktion freut sich über Zuschriften, Anfragen, Anregungen und Kommentare.

Besuchen Sie uns im Netz oder schreiben Sie uns unter:

caritas-nrw.de/nachrichten
facebook.de/caritas_in_NRW
redaktion@caritas-nrw.de

Hohe Wertschätzung

Es begann im September 2018. Der Beirat „Integration von geflüchteten Menschen in Arbeit und Ausbildung“ der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit kam zu seiner 14. Sitzung zusammen. Eine beachtliche Runde: Der DGB macht mit; aber auch Arbeitgeber, Kammern und die kommunalen Spitzenverbände. Das BAMF ebenso wie der Landesintegrationsrat und der Flüchtlingsrat entsenden Vertretungen. Alle relevanten Ministerien sitzen am Tisch und natürlich die Fachleute der Regionaldirektion. Und die Freie Wohlfahrtspflege.

Gemeinsam mit einem Kollegen aus dem Migrationsausschuss bringe ich für den Ausschuss Arbeit/Arbeitslosigkeit die Perspektive unserer Fachdienste ein. Gefragt sind praktische Erfahrungen. Was klappt? Was nicht? Wo sind Lücken, wer fällt durchs System? Uns geht es um Rechte und Teilhabe geflüchteter Menschen!

Gelegentlich irritieren wir, wenn wir die Potenziale der Wohlfahrtsverbände als große Arbeitgeber in Pflege, Erziehung und Hauswirtschaft ins Spiel bringen. Noch mehr irritieren wir, wenn wir uns nicht nur als Dienstleister, sondern selbstbewusst als eigenständiger Partner präsentieren, als organisierter Teil der Zivilgesellschaft. Dieses Gesicht der Caritas prägen besonders die vielen ehrenamtlich Engagierten.

In jener 14. Sitzung gelang es, deren bedeutende Beiträge zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter zum Thema zu machen. Eine Flüchtlingskordinatorin der Aktion Neue Nachbarn (Erzbistum Köln) präsentierte, was Ehrenamtliche in Jobpatenschaften alles leisten – und stellte zugleich klar, dass Ehrenamt keine Lückenbüsserfunktion übernehmen kann. Das beeindruckte. Die Anwesenden beschlossen spontan, ihre hohe Wertschätzung für das Ehrenamt „gemeinsam in geeigneter Form zum Ausdruck zu bringen“. Das Ergebnis (siehe rechts) kann sich sehen lassen! ◀

ANDREA RAAB

✉ andrea.raab@caritasnet.de

OFFENER BRIEF AN EHRENAMTLICHE IN DER FLÜCHTLINGSHILFE

NRW sagt DANKE!

Der Beirat für Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen in Nordrhein-Westfalen hat sich mehrfach mit dem Engagement von ehrenamtlich Engagierten für geflüchtete Menschen beschäftigt. In einem offenen Brief dankt er allen Akteuren für ihre Hilfe und Unterstützung gegenüber den Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren bei uns Schutz gesucht haben. Wir drucken den Brief im Wortlaut:

Sie sind wie viele andere bereit, Ihre Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen unentgeltlich für geflüchtete Menschen bei der Integration in Arbeit und Ausbildung einzusetzen.

Sie haben sich für Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten und bei uns in Deutschland Zuflucht gesucht haben, in hohem Maße engagiert.

Dabei geht es nicht nur um elementare Dinge wie Essen, Trinken, Kleidung und Unterkunft, sondern um das menschliche Miteinander. Sie hören zu und sind für die vielen Menschen in den unterschiedlichsten Situationen da, wenn Sie gebraucht werden.

Sie sind Erklärer, Türöffner, Problemlöser und Unterstützer!

Wir sind dankbar, wenn wir sehen und erleben, wie herzlich und mit wie viel Begeisterung Sie sich für die Menschen einsetzen, die mit der Hoffnung auf eine Zukunft ohne Krieg zu uns kommen.

Wir danken Ihnen für Ihr Engagement, das viele von Ihnen zusätzlich zu ihren eigenen Aufgaben leisten und dennoch als selbstverständlich empfinden. Dieses Engagement verleiht den Betroffenen das Gefühl, dass ihre Anliegen wichtig sind und dass sie gesehen und gehört werden.

Sie sind für unsere Gesellschaft eine wichtige Säule und unverzichtbar!

Die aktuelle Situation zeigt, dass wir weiterhin auf die Hilfe von Ehrenamtlichen angewiesen sein werden. So ist auch künftig jede helfende Hand gefragt.

Ihre Hilfsbereitschaft, Ihre Empathie und Ihr tägliches Engagement sind ein gar nicht zu überschätzender Beitrag zum menschlichen Miteinander in unserer Gesellschaft! Dafür sprechen wir Ihnen unseren Respekt und unsere Anerkennung aus und bedanken uns herzlich bei Ihnen.

Wir wünschen Ihnen viele wertvolle und bereichernde Erfahrungen und Begegnungen und hoffen, dass Sie Ihrem Ehren-



amt treu bleiben und dass Sie mit Ihrem Handeln weitere Menschen motivieren, sich ebenfalls zu engagieren.

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege NRW | Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion NRW | Bundesamt für Migration und Flüchtlinge | Deutscher Gewerkschaftsbund NRW | Flüchtlingsrat NRW e. V. | IHK NRW e. V. | Landesintegrationsrat NRW | Landesweite Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren | Landkreistag NRW | Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW | Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes NRW | Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW | Ministerium für Schule und Bildung des Landes NRW | Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW | Städte- und Gemeindebund NRW | unternehmer nrw | Verband Freier Berufe im Lande Nordrhein-Westfalen e. V. | Westdeutscher Handwerkskammertag ▶

Erfolgsgeschichte fortführen

Sie ist eine Erfolgsgeschichte, die unbedingt fortgeführt werden muss: die unabhängige Arbeitslosenberatung in Nordrhein-Westfalen. Trotz der wirtschaftlich positiven Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren steigt nach wie vor der Bedarf von Erwerbslosen nach Beratung. Denn zwei Drittel der Hartz-IV-Bezieher sind Langzeitarbeitslose. Zudem sind immer mehr Menschen geringfügig beschäftigt oder befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für sie ist die unabhängige Beratung in den derzeit 73 Erwerbslosenberatungsstellen und 79 Arbeitslosenzentren in NRW eine wertvolle Unterstützung. Das belegt auch eine Studie zur Evaluierung der Beratung.

Irren ist amtlich - Beratung kann helfen!

Doch die Zukunft dieser für die Betroffenen kostenlosen Beratung ist gefährdet. Die Finanzierung durch das Land und den Europäischen Sozialfonds läuft Ende 2020 aus. Wie es weitergeht, ist noch ungewiss. Wir hoffen, dass die Landesregierung die Vorteile der unabhängigen Erwerbslosenberatung würdigt. Schließlich stellt diese ein Gegengewicht zu den Jobcentern dar,

speziell im Konfliktfall. Indem sie bei Widersprüchen unterstützt und so zur Klärung und Vermittlung beiträgt, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Wahrung des Rechtsfriedens. Diese Beratungsleistung kann das Jobcenter wegen Interessenskonflikten nicht ausfüllen. Das hat übrigens auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt. Die anerkannten und gut vernetzten Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren erfüllen zudem eine wichtige Lotsenfunktion im deutschen „Bürokratie-Dschungel“. Sie helfen bei der Entwicklung individueller Berufs- und Lebensperspektiven, sie unterstützen beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen und stärken Eigeninitiative und Handlungskompetenz. Sie sind auch ein Ort der Begegnung, vor allem für Langzeitarbeitslose, und beugen so einer Vereinsamung vor. ◀

DIÖZESAN-CARITASDIREKTOR JOSEF LÜTTIG

VORSITZENDER DES AUSSCHUSSES ARBEIT/ARBEITSLOSIGKEIT LAG FW

✉ direktor@caritas-paderborn.de

ENTWURF FÜR NEUES KINDERBILDUNGSGESETZ (KIBIZ)

Gute Kindertagesstätten brauchen Personal und Bildung

Deutliche Kritik an einem zweiten beitragsfreien Kindergartenjahr und flexibel buchbaren Betreuungszeiten haben Vertreter von Caritas und Kommunen im Bistum Essen geübt.

Den Kindern aus den armen Familien im Ruhrgebiet sei eher mit mehr Betreuungspersonal und besseren Bildungsangeboten in den Kindertageseinrichtungen geholfen, hieß es bei einem Politik-Talk über den Entwurf eines neuen NRW-Kinderbildungsgesetzes im Haus der Caritas in Essen. Denn Familien mit weniger als 1.500 Euro Monatseinkommen seien in der Regel beitragsbefreit, sodass die geplante Entlastung fast ausschließlich Mittelschichtfamilien begünstige.

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel verteidigte den Gesetzesentwurf von NRW-Familienminister Joachim Stamp mit der Notwendigkeit, angesichts hoher Mietpreise auch normal verdienende Eltern zu entlasten und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihren Job auch außerhalb der 9-to-5-Betreuung ihrer Vorschulkinder zu organisieren, um ihren Lebensunterhalt selbstständig erwirtschaften zu können.

Dass die Lebensrealität vieler Familien im Ruhrgebiet jedoch anders aussieht, erläuterte Annette Berg, Bildungsdezernentin in Gelsenkirchen, wo fast jedes zweite Kind von Leistungen lebt, die seine Eltern über das Jobcenter beziehen: „Diese Kinder brauchen möglichst lange und verlässliche Betreuungszeiten für ihre Bildung, die das Elternhaus oft nicht bieten kann. Mehr Bildung in der Kita käme allen Kindern zugute.“

Die geplanten flexiblen Betreuungszeiten stellen auch die Abläufe in den Tagesstätten vor erhebliche Probleme. „Das ist eine Frage von Geld und Personal“, erklärte Barbara Wagner, Vorsitzende der Diözesan-Arbeitsgemeinschaft der Tageseinrichtungen für Kinder (DiAG KTK) im Bistum Essen: „Wenn ich in einer dreigruppigen Kita wahlweise drei Betreuungsmodelle mit 25, 35 oder 45 Wochenstunden anbieten soll, wie soll ich dann das vorhandene Personal

einsetzen, damit zugleich alle Gruppen ausgelastet und alle Stunden personell abgedeckt sind?“

Laut FDP-Mann Witzel gehen von den zusätzlich geplanten 1,3 Milliarden Euro 200 Millionen in die Finanzierung des zweiten beitragsfreien Kita-Jahres, der Rest in Sprachförderung, mehr Personal und die Platzausbaugarantie. Harsche Kritik an dieser Rechnung übte jedoch der Essener SPD-Landtagsabgeordnete Frank Müller: Das Geld versickere, nach Abzug aller festen Ausgaben blieben lediglich insgesamt 220 Millionen Euro für die Qualitätsverbesserung übrig. Davon jedoch ließe sich nur Betreuung bezahlen, nicht Bildung, „und über Mittagessen aus der Frischküche darf man da gar nicht erst nachdenken“, folgerte Müller.

Für Unmut unter den freien Kita-Trägern hatte zuvor gesorgt, dass die NRW-Landesregierung mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände im Januar die Eckdaten des neuen Kinderbildungsgesetzes zugunsten der Kommunen verhandelt hatte, ohne die freien Träger einzubeziehen, die immerhin 75 Prozent aller Kita-Einrichtungen in NRW bewirtschaften. „Wir hoffen“, sagte der Essener Generalvikar Klaus Pfeffer an die Adresse von Ralf Witzel, „dass Sie unsere Irritation über diesen Vorgang mit in die Landesregierung nehmen.“ ◀ (CS)

Petition für mehr Wohnraum

Mehr als 31 000 Unterschriften für besseren Mieterschutz und bezahlbaren Wohnraum hat das Bündnis „Wir wollen wohnen“ der Landesregierung in Düsseldorf überreicht. Derweil ist die Zahl der Wohnungslosen auf einen neuen Höchststand gestiegen.

Stellvertretend für Ministerpräsident Armin Laschet nahm Bau-Staatssekretär Dr. Jan Heinisch die gesammelten Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern aus ganz NRW für den Bau von mehr bezahlbaren Wohnungen sowie den uneingeschränkten Erhalt und Ausbau des Mietrechts entgegen. Mit Aktionen in verschiedenen Großstädten hatte das Bündnis „Wir wollen wohnen“ seit Januar auf die dramatische Wohnungsmarktsituation aufmerksam gemacht. Zu dem Bündnis hatten sich die Caritas in NRW, Mieterbund, DGB sowie weitere Wohlfahrts- und Sozialverbände zusammengeschlossen.

Bei der Übergabe der Unterschriftenlisten erklärte Hans-Jochem Witzke, Sprecher des Bündnisses und Vorsitzender des Deutschen Mieterbundes NRW: „Die große Beteiligung an der Petition, aber auch die große Resonanz im Rahmen der Aktionen des Bündnisses in den Städten in NRW - insbesondere rund 3000 Besucher auf der Kundgebung des Bündnisses in Köln - haben gezeigt, dass die Wohnungsnot in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Das brei-

te Spektrum der beteiligten Verbände zeigt, dass dies längst nicht mehr nur ein wohnungspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Thema ist.“

Anstatt sämtliche landesrechtlichen Verordnungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter infrage zu stellen, sollten Landesregierung und Regierungsfractionen diese Regelungen schärfen und den Schutz erweitern, forderte Witzke. „Um die Krise auf dem Wohnungsmarkt zu lösen, müssten jährlich 80 000 Wohnungen in NRW neu errichtet werden“, ergänzte Dr. Sabine Graf, stellvertretende Vorsitzende des DGB NRW.

Zahl der Wohnungslosen seit 2017 um 37,6 Prozent gestiegen

Christian Woltering, Landesgeschäftsführer des Paritätischen NRW, erklärte: „Für immer mehr Menschen in NRW wird die Wohnungssuche zur existenziellen Krise. Wenn schon Gutverdiener Probleme haben, eine Wohnung zu finden, dann haben Menschen mit wenig Geld erst recht immer schlechtere Karten. Vor allem Menschen in



Das Bündnis „Wir wollen wohnen“ sammelte 31 343 Unterschriften analog - und online.

benachteiligten Lebenslagen, zum Beispiel Alleinerziehende oder große Familien, Menschen mit einer Behinderung oder Geflüchtete, stehen häufig vor unlösbaren Problemen.“

Fast zeitgleich stellte Sozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) eine neue Landesinitiative gegen die steigende Wohnungslosigkeit vor. An der Initiative „Endlich ein Zuhause“ seien die Unternehmen LEG Immobilien AG, Vivawest GmbH und Vonovia SE sowie der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft beteiligt. Die Unternehmen hätten sich bereit erklärt, zusätzlichen Wohnraum für Obdachlose bereitzustellen und Wohnungsverluste bei Mietrückständen möglichst zu vermeiden. In den von Wohnungslosigkeit am stärksten betroffenen 20 Städten und Kreisen in NRW werden im Rahmen der Initiative „Kümmerer“ eingesetzt. Sie sollen Obdachlose betreuen, die eine neue Wohnung erhalten. Vermieter brauchten Sicherheiten, dass die Miete pünktlich eingehe, erklärte Laumann. Wenn Probleme aufträten, müsse sich jemand um diese Menschen kümmern. Daher werde das Land die Kümmerer-Projekte zunächst bis 2020 mit jährlich drei Millionen Euro fördern. Gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft sollten Netzwerke zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit aufgebaut werden.

In NRW wurden Mitte 2018 rund 44 434 Menschen als wohnungslos gemeldet, 37,6 Prozent mehr als im Vorjahr (32 286). Erfasst sind nur Wohnungslose, die Kontakte zu Behörden oder freien Trägern unterhalten. Angesichts der sprunghaft angestiegenen Obdachlosigkeit hat die Landesregierung die Mittel zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit auf 4,85 Millionen Euro mehr als verdoppelt.  M. LAHRMANN

 wir-wollen-wohnen-nrw.de



Dass neben Staatssekretär Jan Heinisch auch Abgeordnete von CDU, FDP, Grünen und SPD zur Übergabe der Petition erschienen, kann als Beleg für die Brisanz des Themas gewertet werden.

Fotos: Aktionsbündnis

Beratung zu Genitalverstümmelung

Die Schwangerschaftsberatung „esperanza“ der Caritas im Erzbistum Köln beschäftigt sich in einem Modellprojekt mit weiblicher Genitalverstümmelung. Ziel ist es, Berater für dieses Thema zu sensibilisieren und ein Beratungsangebot zu schaffen, das möglichst viele Betroffene erreicht, wie die Caritas in Köln mitteilte. „Das Thema Genitalverstümmelung scheint fremd und mit vielen Tabus belegt“, sagte Diözesan-Caritasdirektor Frank Johannes Hensel. Hier sprachfähig zu werden, sei ein wichtiges Ziel. Das Projekt startet in einer Beratungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF). Es ist zunächst auf ein Jahr angelegt. Mehr als die Hälfte aller von „esperanza“ beratenen Frauen hätten einen Migrationshintergrund, hieß es.  (KNA)

Gesundheitspreis für Caritas

Das Projekt „Von Anfang an gemeinsam - Frühe Hilfen im Krankenhaus“ des Caritasverbandes Bonn ist mit dem Gesundheitspreis des Landes ausgezeichnet worden. Damit „würdigen wir Initiativen, die sich in besonderem Maße um eine vorbeugende Gesundheitsförderung kümmern“, sagte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Das Projekt in Bonn unterstützte rund um die Geburt und in der oft schwierigen Zeit danach junge Familien in besonders belasteten Lebenslagen. In zwei Kliniken wurden Familienhebammen eingestellt, die jungen Eltern bei persönlichen oder sozialen Problemen zur Seite stehen. Insgesamt wurden landesweit fünf Projekte mit dem diesjährigen Gesundheitspreis ausgezeichnet. Der Preis ist mit je 5.000 Euro dotiert, dazu gibt es eine Urkunde und ein „Gütezeichen“. 

Laumann für MDK-Reform

NRW-Landessozialminister Karl-Josef Laumann bezweifelt die Unabhängigkeit des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK). Auf dem 2. Altenhilfekongress der Caritas im Bistum Münster forderte er, ihn aus der Trägerschaft der Kranken- und Pflegekassen herauszulösen. Die Kostenträger könnten nicht gleichzeitig die Institution für ihre Kontrolle verantworten. „Da glaube ich nicht an die Unabhängigkeit“, sagte Laumann vor 300 Vertretern und Mitarbeitenden aus Verbänden und Einrichtungen der Caritas. In einem künftigen Aufsichtsgremium dürfe es weder Vertreter der Krankenhäuser noch der Krankenkassen geben. Mittlerweile begutachte der MDK jährlich in NRW eine halbe Million pflegebedürftige Menschen und kontrolliere 30 Prozent der Krankenhausrechnungen. 

ARBEITSLOSENREPORT DER WOHLFAHRTSVERBÄNDE

Mehr arbeitsmarktpolitische Förderung für Flüchtlinge

Die Caritas in NRW fordert mehr arbeitsmarktpolitische Förderung für Flüchtlinge. Nur so könnten diese „zu den dringend benötigten Fachkräften werden“, sagte der Direktor der Caritas für die Erzdiözese Paderborn, Josef Lüttig.

Zwar habe sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Flüchtlinge seit 2015 vervierfacht, ein Großteil von ihnen arbeite jedoch in Hilfsjobs. Das gehe aus dem Arbeitslosenreport der Freien Wohlfahrtspflege NRW hervor. In der Wohlfahrtspflege haben sich verschiedene Wohlfahrtsverbände zusammengeschlossen. Lüttig ist dort Vorsitzender des Ausschusses „Arbeit/Arbeitslosigkeit“.

In Nordrhein-Westfalen kommen den Angaben zufolge immer mehr Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt an. Zudem machten deutlich mehr Flüchtlinge eine Berufsausbildung. Lüttig zufolge sind die rechtlichen Regelungen zur Arbeits- und Ausbildungsförderung von Flüchtlingen jedoch sehr komplex und schwer durchschaubar. Der Weg in Job und Arbeit sei deshalb für viele beschwerlich und zeitraubend. Wer in

Deutschland eine Arbeitserlaubnis erhalten müsse auch sofort alle nötigen berufsvorbereitenden und ausbildungsfördernden Hilfen erhalten können, forderte Lüttig.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Flüchtlinge lag im September 2018 in NRW bei rund 60.000. Derzeit sind zwei Drittel der Geflüchteten (67 Prozent) nur im Niedriglohnbereich beschäftigt. Ihr monatliches Bruttoeinkommen liegt unter 2.139 Euro. Fast die Hälfte (49 Prozent) ist in Helferjobs tätig, mehr als jeder Fünfte in Leiharbeit.

Die Wohlfahrtsverbände in NRW veröffentlichen mehrmals jährlich einen Arbeitslosenreport. Basis der Daten ist die offizielle Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit.  (KNA)

 **Lesen Sie eine Reportage unter**
 **www.caritas-nrw.de/Foerderung**

Mehr als 1500 Gruppenleiter qualifiziert

Mehr als 1500 Gruppenleiter in Caritas-Werkstätten für behinderte Menschen haben seit 1978 eine der vorgeschriebenen Zusatzqualifikationen erworben. Kürzlich fand der 60. Kurs der sonderpädagogischen Zusatzqualifikation (SPZQ) statt. Nach der Werkstätten-Verordnung ist die SPZQ vorgeschrieben für alle Gruppenleiter, die eine handwerkliche, industrielle, pflegerische oder kaufmännische Ausbildung haben. Seit 1978 werden die Kurse von der Konferenz der Caritas-Werkstätten für behinderte Menschen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen angeboten, die damit der größte Fortbildungsanbieter in diesem Segment in Deutschland ist.

Seit 2006 werden auch Fortbildungen zur Fachkraft für Arbeits- und Berufsförderung (FAB) angeboten, womit man den Trend zur weiteren Professionalisierung und Qualifizierung von Gruppenleitern in Werkstätten für behinderte Menschen aufnahm. Dozenten und Mentoren sind mehr als 40 erfahrene Werkstattfachkräfte aus

den Mitgliedswerkstätten. ☎

☎ 02841/989-178

✉ wolfram.teschner@cwwn.de

KÖLN

Pflege gut - alles gut?!

Gute Pflege geht alle an: Ein Tag mit Impulsen und Austausch zu Pflege im Alter. Es geht um Momente, die berühren und diesen Berufszweig attraktiv machen, und um Situationen, die dringend innovative Lösungen brauchen.

- Grußwort von Navid Kermani
- Impulse namhafter Referent*innen
- Ferdi Cebi, rappender Altenpfleger.
- 📅 **Donnerstag, 10. Oktober 2019**
- 🕒 **9.30 bis 17.00 Uhr**
- 📍 **Komed, Im Mediapark 7, Köln**
- 📅 **Anmeldefrist ist der 31. Juli 2019.**
- 🌐 **www.info.koelner-tagung.de**



Gute Gespräche, angeregter Austausch beim Parlamentarischen Abend der Caritas in NRW mit Bundestagsabgeordneten aus NRW. Die Hauptstadt-Repräsentanz von Microsoft bot eine „coole Location“ Unter den Linden im Herzen von Berlin. Keynote-Speaker Thomas Langkabel, National Chief Officer von Microsoft, lieferte eine prägnante Analyse zum Stand der Digitalisierung und zeigte sich ehrlich angetan von der Jahreskampagne der Caritas: #Sozialbraucht digital. Und die Abgeordneten ließen sich digitale Projekte und Errungenschaften für die Sozialbranche erklären, probierten die VR-Brille aus, diskutierten über digitalen Hausnotruf und Pflegeroboter. Alles war zu sehen, zu fühlen, auszuprobieren beim Gallery Walk, der von den Diözesan-Caritasverbänden, Ortsverbänden, Trägern und Einrichtungen gemeinsam aufgebaut wurde. Foto: Charles Yunck



Caritas-Lotterie

Die Diözesan-Caritasverbände Aachen, Köln, Münster und Paderborn veranstalten wieder ihre Rubbelloslotterie, um Einrichtungen bei der Finanzierung zu unterstützen. Gewinnen können beide: der Verkäufer 40 Cent pro Los für die eigene soziale Arbeit. Und der Loskäufer gewinnt mit etwas Glück bis zu 1.000 Euro.

Bei der Caritas-Lotterie „Helfen und Gewinnen“ können noch bis zum 31. Dezember Lose verkauft werden. Ein Risiko besteht bei der Losbestellung nicht, denn die Lose werden in Kommission bestellt, und nicht verkaufte Lose können zurückgegeben werden.

Der Losverkauf bietet sich vor allem bei Veranstaltungen an. Gelingt es einem Kindergarten beispielsweise, 300 Lose zu verkaufen, bleiben ihm 120 Euro für den Kauf neuer Spiele. Neben der zusätzlichen Geldeinnahme lockt vor allem auch das spielerische Element Besucher an.

Einrichtungen und Verbände aus den (Erz-)Diözesen Aachen, Köln, Münster und Paderborn können Lose bestellen beim Caritasverband für das Erzbistum Paderborn.

- **Sylvia Opiolka**
- ☎ **05251 / 209-222**
- ✉ **s.opiolka@caritas-paderborn.de**

caritas in NRW AKTUELL

Hubertusstraße 3, 40219 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 516066-20, Fax: 0211 / 516066-25
redaktion@caritas-nrw.de, www.caritas-nrw.de

Herausgeber: Diözesan-Caritasverbände von

Aachen, Essen, Köln, Münster, Paderborn,

Chefredakteur: Markus Lahrman

Titelfoto: Landtag NRW/Bernd Schälte

Abo-Fragen: Kevin Jandrey,

Tel.: 0211 / 516066-20, vertrieb@caritas-nrw.de

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Gestaltungskonzept: skdesign, Köln

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Anzeigenverwaltung:

Bonifatius GmbH, Astrid Rohde

Karl-Schurz-Str. 26, 33100 Paderborn,

Tel.: 05251/153-222, Fax: 05251/153-104

astrid.rohde@bonifatius.de

ISSN 1611-3527

ClimatePartner 
**klimateutral
gedruckt**

Die CO₂-Emissionen dieses Produkts wurden durch CO₂-Emissionszertifikate ausgeglichen.
Zertifikatsnummer: 53323-1601-1005
www.climatepartner.com